

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Kapitel I. Einleitung	19
Kapitel II. Die Reichweite des Bestimmtheitsgrundsatzes und des Schuldprinzips im Unionsrecht	21
A. Vorfrage: Die Rechtsnatur des EU-Kartellbußgeldes	22
B. Der unionsrechtliche Bestimmtheitsgrundsatz	27
I. Quellen	27
II. Inhalt, Zweck und Umfang	30
1) Bisherige Entwicklung als ungeschriebener allgemeiner rechtsgrundsatz	30
a) Tatbestandsbestimmtheit	30
b) Gesetzes- bzw. Parlamentsvorbehalt	37
2) Verankerung in der EU-Grundrechtecharta	41
3) Einfluss der EMRK und des EGMR	42
III. Sonderproblem: Die Bestimmtheit bei Blankettstrafgesetzen	43
IV. Ergebnis	44
C. Das unionsrechtliche Schuldprinzip	45
I. Bisherige Entwicklung als ungeschriebener Rechtsgrundsatz	46
II. Verankerung in der EU-Grundrechtecharta und in der EMRK	51
III. Ergebnis	52
D. Fazit	53
Kapitel III. Bestimmtheitsgrundsatz und Schuldprinzip auf Tatbestandsebene der Bußgeldnormen	57
A. Verstöße gegen Maßnahmen der Kommission	58
I. Art. 23 Abs. 1 VO 1/2003	59

1)	Formelle Bestimmtheit.....	59
a)	Die Verweisungstechnik.....	60
b)	Die Abhängigkeit der Bußgeldhaftung von Anordnungen der Kommission.....	63
2.	Die materielle Bestimmtheit.....	64
II.	Art. 23 Abs. 2 UAbs. 1 lit. b), c) VO 1/2003.....	67
1)	Formelle Bestimmtheit.....	67
a)	Die Verweisungstechnik.....	67
b)	Die Abhängigkeit der Bußgeldhaftung von Beschlüssen der Kommission.....	67
2)	Materielle Bestimmtheit.....	68
B.	Die Wettbewerbsverstöße.....	69
I.	Probleme des Bestimmtheitsgrundsatzes.....	69
1)	Die formelle Bestimmtheit der Verweisung in Art. 23 Abs. 2 UAbs. 1 lit. a) VO 1/2003.....	69
2)	Die materiellrechtliche Bestimmtheit von Art. 101 Abs. 1 AEUV.....	71
a)	Der funktionale Unternehmensbegriff.....	72
i)	Die Konzeption.....	72
ii)	Verstoß gegen den „Verordnungsvorbehalt“.....	76
iii)	Ausformung des Unternehmensbegriffs durch die Praxis.....	77
a.	Die Differenzierung zwischen materiellem und Verfahrensrecht sowie die Inkonsequenz bei der Anwendung.....	79
b.	Der Begriff der wirtschaftlichen Einheit.....	81
c.	Die Rechtsnachfolge.....	94
i.	Die echte Rechtsnachfolge: funktionale und wirtschaftliche Kontinuität.....	95
ii.	Die unechte Rechtsnachfolge.....	96
d.	Das Auswahlermessen im Verhältnis Mutter/Tochter.....	100
e.	Zusammenfassung.....	102
b)	Die Unternehmensvereinigung.....	104
i)	Die Rechtsfähigkeit.....	104

ii)	Das Verhältnis von Verstößen von Unternehmensvereinigungen zu Handlungen ihrer Mitglieder	105
iii)	Exkurs: Verstöße gegen das Analogieverbot.....	109
a.	Vereinigungen von Unternehmensvereinigungen.....	110
b.	Vereinbarungen zwischen Unternehmensvereinigungen.....	110
c)	Der Täterfolg.....	111
i)	Die Wettbewerbsbeschränkung.....	111
ii)	Die Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung	112
iii)	Die Marktabgrenzung.....	113
d)	Exkurs: Das Tätermodell im Europäischen Kartellbußgeldrecht	115
e)	Bezwecken/Bewirken.....	117
II.	Probleme in Bezug auf das Schuldprinzip.....	117
1)	Der funktionale Unternehmensbegriff.....	118
a)	Allgemeine Bedenken gegen den funktionalen Unternehmensbegriff in Bezug auf das Schuldprinzip.....	118
b)	Die Differenzierung zwischen materiellem und Verfahrensrecht sowie die Inkonsequenz bei der Anwendung.....	120
c)	Die tatsächliche Einflussnahme	121
d)	Die Rechtsnachfolge	125
i)	Die echte Rechtsnachfolge	126
ii)	Die unechte Rechtsnachfolge.....	127
e)	Das Auswahlermessen im Verhältnis Mutter/Tochter	128
f)	Zusammenfassung	129
2)	Unternehmensvereinigungen.....	129
a)	Die Adressierung der Entscheidung an die Unternehmensvereinigung selbst	131
b)	Die Adressierung der Entscheidung an die Mitglieder	131
c)	Die eigenständige Haftung von Mitgliedern für die „Beteiligung“ an Verstößen von Vereinigungen.....	133
d)	Zusammenfassung und Lösungsansatz.....	134

3) Exkurs: Zum Tätermodell im Europäischen Kartellbußgeldrecht.....	136
4) Bezwecken/Bewirken	137
III. Lösungsansätze.....	139
1) Konkretisierung des funktionalen Unternehmensbegriffs	139
2) Weitergehender Ansatz für die Konzernzurechnung	141
a) Grundlage: Der juristische Unternehmensbegriff.....	141
b) Argumente gegen den gewählten Ansatz.....	143
c) Täterschaft und Teilnahme im bisherigen System.....	146
d) Die Systematisierung von Täterschaft und Teilnahme	148
e) Konsequenzen für die Rechtsnachfolge	153
f) Konsequenzen für die Ermessensproblematik.....	156
g) Ergänzung der VO 1/2003	157
h) Ergebnis	157
i) Fazit.....	159

Kapitel IV. Die Freistellungstatbestände des Art. 101 Abs. 3 AEUV und das Legalausnahmeprinzip	161
A. Systematische Grundlagen.....	162
B. Probleme in Bezug auf den Bestimmtheitsgrundsatz	163
I. Vorfrage: Die Bedeutung der Leitlinien und Gruppenfreistellungsverordnungen	165
II. Die tatbestandliche Bestimmtheit des Art. 101 Abs. 3 AEUV.....	167
1) Systematische Grundprobleme	168
a) Der relevante Markt.....	169
b) Einbeziehung der Ziele des Unionsrechts.....	173
c) Das Risiko falscher Prognosen.....	178
d) Die Gefahr der Änderung der Gegebenheiten	182
2) Das erste Kriterium: Effizienzgewinne.....	185
a) Der Begriff des Effizienzgewinns	185
b) Die Identifikation der Vorteile	185
c) Die Höhe der Effizienzgewinne	187

3)	Das zweite Kriterium: Angemessene Beteiligung der Verbraucher am Gewinn.....	194
a)	Der Verbraucherbegriff.....	194
b)	Die Beteiligung am entstehenden Gewinn.....	195
c)	Die Angemessenheit der Verbraucherbeteiligung.....	196
d)	Der Vergleich verschiedenartiger Vor- und Nachteile.....	198
4)	Das dritte Kriterium: Unerlässlichkeit der Wettbewerbsbeschränkung.....	199
a)	Anknüpfungspunkt für die Unerlässlichkeitsprüfung.....	199
b)	Bedeutung der Unerlässlichkeit.....	200
c)	Erweiterung des Unerlässlichkeitskriteriums.....	203
d)	Einschränkung des Unerlässlichkeitskriteriums.....	204
5)	Das vierte Kriterium: Keine Ausschaltung des Wettbewerbs für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren.....	206
a)	Allgemeines.....	206
b)	Verhältnis zu Art. 102 AEUV.....	207
c)	Die Gesamtabwägung der Praxis.....	208
d)	Die Auslegung des vierten Kriteriums in der Gesamtabwägung.....	209
6)	Zwischenfazit.....	210
C.	Probleme in Bezug auf das Schuldprinzip.....	211
I.	Die Anforderungen an die Unternehmen.....	212
1)	Allgemeines.....	212
2)	Das erste Kriterium: Effizienzgewinne.....	213
3)	Das zweite Kriterium: Angemessene Beteiligung der Verbraucher am Gewinn.....	213
4)	Das dritte Kriterium: Unerlässlichkeit der Wettbewerbsbeschränkung.....	215
5)	Das vierte Kriterium: Keine Ausschaltung des Wettbewerbs für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren.....	215
II.	Einordnung.....	217
1)	Zwischenfazit.....	217
2)	Irrtümer in der bisherigen Entscheidungspraxis.....	217

D. Exkurs: Entscheidungsspielräume der Kommission bei der Auslegung von Art. 101 Abs. 3 AEUV	220
E. Lösungsansätze	224
I. Injustiziabilität von Art. 101 Abs. 3 AEUV	224
II. Neugestaltung von Art. 101 Abs. 3 AEUV	225
III. Zugeständnis eines Beurteilungsspielraums für Unternehmen.....	225
IV. Bußgeldverhängung nur in offensichtlichen Fällen	226
V. Beratungsschreiben in Grenzfällen	227
VI. Irrtumsregelung	228
1) Einleitung.....	228
2. Einordnung als Tatsachenirrtum	230
3) Scharfe Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit.....	231
4) Die Fahrlässigkeitsvoraussetzungen.....	231
5) Kritik an der Irrtumslösung.....	235
VII. Fazit.....	236
 Kapitel V. Ergebnisse	 239
 Literaturverzeichnis.....	 241